

Presseinformation (Sperrfrist: Dienstag, 22. Juni 2021, 12 Uhr)

„Die geforderte Mitte“

FES-Mitte-Studie zeigt: Offen artikuliert rechtsextreme Einstellungen auf dem Rückzug, eindeutig demokratische Grundhaltung weicht auf.

Berlin, 22.6.2021. Unter dem Titel „Die geforderte Mitte“ hat die Friedrich-Ebert-Stiftung eine neue „Mitte-Studie“ zur Verbreitung rechtsextremer und demokratiegefährdender Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft vorgelegt. Dabei wurde auch die Haltung zur pluralen Demokratie und einer offenen Gesellschaft untersucht.

Deutlich wird: Der Großteil der Mitte versteht sich demokratisch und betrachtet Rechtsextremismus als bedeutsamste Bedrohung für die Gesellschaft. Insgesamt sind rechtsextreme Einstellungen rückläufig, was sich besonders deutlich bei der Fremdenfeindlichkeit zeigt. Die Mitte ist einerseits mit einem neuen, antidemokratischen Populismus konfrontiert, der ein Einfallstor zum Rechtsextremismus bietet, und viele Befragte sind sich dessen Gefahren offenkundig bewusst, das Vertrauen in die Demokratie ist gewachsen. Zugleich ist die Mitte in Teilen offen für antidemokratische Positionen, vertritt selbst bei deutlich rechtsextremen Aussagen bisweilen uneindeutige Meinungen. Hier wählen zunehmend mehr Befragte „Teils/teils“-Antworten. Beim Antisemitismus weicht die klare Ablehnung auf, Rassismus gegenüber Schwarzen Personen äußert sich vor allem subtil, während der Sozialdarwinismus sogar zunimmt. Ein kleiner Teil der Mitte billigt Gewalt zum Durchsetzen eigener Ziele und rechtfertigt auch die Gewalt gegenüber Politiker_innen – je eher sie rechtsextreme Ideologiefacetten teilen, desto eher billigen Befragte auch Gewalt.

Die Mitte ist hier in mehrfacher Hinsicht gefordert – durch einen harten Rechtsextremismus, offenen Hass, aggressiven Populismus und schwelende Ressentiments im Alltag. Sie ist zugleich gefordert, klar Position zu beziehen und sich den demokratiegefährdenden Haltungen auch in ihren eigenen Reihen zu stellen. Die Erschöpfung – nicht nur durch die Coronapandemie, sondern auch durch die Dauerbefeuerung durch den Populismus und Verschwörungserzählungen – ebenso wie eine mögliche neue Sachlichkeit und Solidarität in Zeiten von Corona bieten die Chance für eine demokratische Erneuerung.

Für die Mitte-Studie 2020/21 hat ein Forschungsteam unter der Leitung von Prof. Dr. Andreas Zick, Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (IKG), mit den wissenschaftlichen Methoden der Einstellungsforschung eine Umfrage unter 1.750 repräsentativ ausgewählten Personen in Deutschland durchgeführt. Die Erhebung wurde vom »uzbonn – Gesellschaft für empirische Sozialforschung und Evaluation« zwischen dem 2. Januar und 17. Februar 2021 realisiert. Die Ergebnisse werden am 22. Juni 2021 der Öffentlichkeit vorgestellt, die Publikation erscheint im Dietz-Verlag.

In der Tradition der seit 2006 im zweijährigen Rhythmus durchgeführten Mitte-Studie werden rechtsextreme Einstellungen einer anerkannten „Konsens-Definition“ folgend über sechs Dimensionen erfasst: Zustimmung zu einer rechtsgerichteten Diktatur, nationalem Chauvinismus und der

Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus. In Zusammenhang mit weiteren demokratiegefährdenden Einstellungen berichtet die Studie u.a. über die Zustimmung zu Verschwörungsmythen und völkischen-autoritär-rebellischen Einstellungen ebenso wie über die Abwertungen diverser sozialer Minderheiten. Ein besonderer Fokus liegt in der diesjährigen Mitte-Studie auf dem Rassismus gegenüber Schwarzen Personen und der Ablehnung von Gleichstellungsanstrengungen in Zusammenhang mit Geschlecht bzw. der sexuellen Identität/Orientierung. Erstmals wurden auch Einstellungen zu Klimawandel und Energiewende abgefragt und deren partielle Verknüpfung mit (Rechts-)Populismus und Rechtsextremismus untersucht. Abschließend werden Schlussfolgerungen für die Politische Bildung gezogen.

Für 88 % der repräsentativ ausgewählten Befragten der Mitte-Studie 2020/21 stehen die Würde und Gleichheit aller in einer Demokratie an erster Stelle. Das Vertrauen in demokratische Institutionen ist insgesamt recht hoch, 86 % vertrauen auch auf die korrekte Durchführung der Wahlen. Die eigenen Beteiligungs- und Einflussmöglichkeiten werden jedoch nicht ganz so positiv bewertet. Nur 45 % der Befragten sehen in ihrem eigenen Umfeld die Möglichkeit, sich politisch zu beteiligen. **Wer sich politisch machtlos fühlt, neigt eher zu demokratiegefährdenden Einstellungen.**

72,1 % der Befragten sagen von sich: „Ich bin ein_e überzeugte_r Demokrat_in“; 17,4 % sehen das nur „teils/teils“ so und 9,4 % überhaupt nicht. Rund 70 % der Befragten fordern: „Wir müssen uns stärker für eine vielfältige und offene Gesellschaft engagieren.“ Ebenso viele Befragten sehen im Rechtsextremismus die größte Bedrohung für die Gesellschaft, noch vor dem Klimawandel, Sozialer Spaltung und der Coronapandemie. **Rechtsextreme Einstellungen sind hingegen – betrachtet über die Bevölkerung hinweg – weiter rückläufig.** Ausnahme ist der Sozialdarwinismus, also eine biologische Begründung von Ungleichwertigkeit, der zwar auf niedrigem Niveau, aber seit 2014 kontinuierlich zunimmt. 2020/21 finden beispielsweise 7,3 % der Befragten die Aussage: „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“ eher oder voll, weitere 9,3 % „teils/teils“ zutreffend. 4,3 % halten die Aussagen: „Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen“ für eher oder voll zutreffend, weitere 12,3 % „teils/teils“.

Neben dem insgesamt positiven, rückläufigen Trend offen artikulierter rechtsextremer Einstellungen zeichnet sich zugleich ein weiteres Aufweichen einer eindeutig demokratischen Grundhaltung bei einem nicht ganz kleinen Teil der Bevölkerung ab. **Nicht wenige Befragte äußern sich in Bezug auf Demokratie unsicher, widersprüchlich oder teilen ggf. auch latent demokratiefeindliche Einstellungen.** Sie stimmen also nicht zu, lehnen sie aber auch nicht klar ab. So befürworten lediglich etwa 2,2 % der Befragten eine rechtsgerichtete Diktatur, doch über 15% befinden sich mit ihren Antworten in einem Graubereich zwischen Zustimmung und Ablehnung. Die Aussage: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ wird beispielsweise 2020/21 von 18,4 % der Befragten für eher oder voll zutreffend bewertet, weitere 16,4 % antworten mit „teils/teils“. Im Vergleich zur Mitte-Studie 2018/19 äußern sich noch einmal mehr Befragte uneindeutig, indem sie mit „teils/teils“ antworten.

Rund ein Viertel der Bevölkerung ist ganz deutlich offen für populistische Meinungen, doch zumindest in der Tendenz sind es noch mehr. Der Populismus wöhnt „das ehrliche Volk“ als unterdrückt und betrogen von einer „korrupten Elite“. Hinzu kommt sein Antipluralismus, der unterschiedliche Interessen zurückweist. Wendet er sich gegen eine plurale Gesellschaft, in der Menschen unabhängig ihrer kulturellen oder sozialen Herkunft oder Identität gleichwertig sind, wird er zum

Rechtspopulismus. 13 % der Befragten teilen deutlich rechtspopulistische Einstellungen, die sich nicht nur gegen „die Eliten“ wenden, sondern auch gegen „die Anderen“, insbesondere solche, die als „fremd“ markiert werden. Legt man ein etwas weiches Kriterium an, sind dies sogar noch mehr. Hierfür wurde eine Reihe von einzelnen Aussagen zu einem sehr reliablen Indikator zusammengefasst. Beispielhaft zählt dazu die Meinung, „Die Regierung betrügt das Volk“, die knapp 16 % der Befragten teilen, weitere knapp 20% finden dies „teils/teils“ zutreffend. Gut 23% finden die Aussage eher oder voll zutreffend: „Im nationalen Interesse können wir nicht allen die gleichen Rechte gewähren“, weitere rund 25% stimmen „teils/teils“ zu. 40 % äußern generell negative Meinungen gegenüber Asylsuchenden, 16 % äußern sich negativ zu Sinti_ zze und Rom_ nja. Die aktuellen Ergebnisse machen insgesamt deutlich: **Populismus ist auch in Teilen der Mitte anschlussfähig und die Mitte kann bei auch dort schwelenden Ressentiments abgeholt werden. Der Populismus geht überzufällig mit rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen einher.**

Im Vergleich zur Mitte-Studie 2018/19 sind rechtspopulistische Einstellungen zurückgegangen. Auf den ersten Blick rückläufig sind ebenso die Zustimmungen zu menschenfeindlichen Einstellungen gegenüber Gruppen. Die Zuwanderung, die von 2014 bis 2017 prägend war, wird nur noch von knapp einem Viertel der Befragten als Bedrohung für das Land betrachtet. Nichtsdestotrotz ist die Abwertung sozialer Gruppen entlang der im Grundgesetz hervorgehobenen Differenzlinien nach wie vor substantiell. Nach wie vor stimmt ein nicht unerheblicher Teil der Befragten Aussagen zu, die die Gleichwertigkeit sozialer Gruppen in Frage stellt, definiert über (vermutete) Merkmale von kultureller, ethnischer und sozialer Zugehörigkeit bzw. Zuweisung. Doch auch sozial schwache Gruppen werden abgewertet. **Ein Viertel der Befragten stimmt Vorurteilen gegenüber langzeitarbeitslosen Menschen zu, fast jede_r Zehnte wertet wohnungslose Personen ab.**

Bemerkenswert ist, wie eng diese auf den ersten Blick unterschiedlichen Grunddimensionen des (Rechts-)Populismus miteinander zusammenhängen: In Deutschland geht eine pauschale Elitenschelte nicht immer, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit auch mit Antipluralismus in Bezug auf die plurale Zusammensetzung der Gesellschaft einher, die sich dann auch in der Abwertung sozialer Minderheiten äußert. „Nach einer Phase der Polarisierung und Radikalisierung am rechten Rand der Mitte verhärtet sich nun die Demokratiedistanz in Teilen der Mitte“, erläutert der Studienleiter Prof. Dr. Andreas Zick. „Daraus speist sich im schlimmsten Fall auch die Rechtfertigung von Bedrohung, Hass und Gewalt, wie die empirischen Ergebnisse noch einmal belegen“.

Diese demokratiedistanzierten Befragten sind dann mit höherer Wahrscheinlichkeit auch bereit, rechtsextremen Einstellungen zuzustimmen und billigen häufiger Gewalt. Ein kleiner Teil der Befragten betrachtet Gewalt zum Erreichen politischer Ziele für gerechtfertigt (4,3 % stimmen eher oder voll zu, weitere 9,6 % „teils/teils“), billigt Gewalt zur Absicherung der eigenen Vormachtstellung, indem er zustimmt: „Wenn sich andere bei uns breitmachen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist“ (7,3 % stimmen eher oder voll zu, weitere 10,3 % „teils/teils“), und rechtfertigt Gewalt, die sich gegen Politiker_innen wendet: „Einige Politiker haben es verdient, wenn die Wut gegen sie auch schon Mal in Gewalt umschlägt.“ (5,4 % stimmen eher oder voll zu, weitere 6,7 % „teils/teils“). **Unter Befragten, die sich selbst politisch rechts der Mitte verorten, ist die Billigung von Gewalt signifikant häufiger verbreitet als unter Befragten, die sich politisch „genau in der Mitte“ oder links davon sehen.**

Dies kann auch als Abwehr gegenüber den Zumutungen von Demokratie verstanden werden. Diese äußert sich bei einigen Befragten in der Behauptung: „Unser Land gleicht inzwischen mehr einer

Diktatur als einer Demokratie.“ (16 % Zustimmung, weitere 11 % antworten mit „teils/teils“) und im Aufruf: „Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen.“ (23 % Zustimmung). Dies hängt sehr eng auch mit der Behauptung zusammen, die Meinungsfreiheit würde in Deutschland beschnitten. Auch völkische Ideologieelemente schwingen mit, ebenso wie die Vermutung Deutschland werde „durch den Islam unterwandert“ (21 % Zustimmung). Zustimmung zu einer solcherart völkisch-autoritär-rebellischen Haltung ist bei jenen besonders verbreitet, die klare Ordnungen vermissen und sich orientierungslos fühlen. Sie fürchten eher als andere wirtschaftliche Einbrüche, sind zugleich offener für Verschwörungsmaythen in Zusammenhang mit der Coronapandemie.

Einher geht dies auch mit Misstrauen gegenüber und Ablehnung von Gleichstellungsmaßen der Geschlechter. Knapp jede_r zehnte Befragte sieht Männer heutzutage „auf dem Arbeitsmarkt gegenüber Frauen oft benachteiligt“, ebenso viele mutmaßen: „Bei der Gleichberechtigung geht es eigentlich darum, dass Frauen mehr Macht bekommen als Männer.“ 17 % der Befragten glauben: „Das ganze Gerede von sexueller Vielfalt verhindert, dass Kinder sich normal entwickeln.“ Empirisch eng verknüpft ist dies mit der Abwertung diverser sozialer Gruppen, wie sie sich in einem Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit abbilden lassen.

Offener Rechtsextremismus ist unter Ostdeutschen nicht weiter verbreitet als unter Westdeutschen. Allerdings finden sich unter Ostdeutschen eher Meinungen in einem Graubereich zwischen der klaren Ablehnung und klaren Zustimmung. Unter Menschen, die in Ostdeutschland aufgewachsen sind, sind zudem sowohl populistische (37 %) wie rechtspopulistische Meinungen (21 %) weiter verbreitet als unter westdeutsch Sozialisierten (21 %, 11 %). Nichtsdestotrotz gibt es Rechtspopulismus auch unter Westdeutschen. Insbesondere das Ausmaß der Abwertung von als „fremd“ markierten Gruppen ist unter Ostdeutschen bzw. in Ostdeutschland weiter verbreitet. Eine Analyse regionaler Unterschiede zeigt, dass im Osten weniger Bedrohungen durch Immigration als vielmehr eine rechtspopulistische Politikvorstellung höhere Rechtsextremismuswerte erklärt – **es geht also nicht um „die vielen Ausländer“ – im Osten ist deren Anteil deutlich geringer als im Westen – sondern um die rechtspopulistische Aufladung des Themas, die hier offenbar besonders verfängt.**

Auch der Antisemitismus ist bedeutsam. 13 % der Befragten äußern einen israelbezogenen Antisemitismus, 7,5 % stimmen offen antisemitischen Meinungen zu; auch hier ist der Graubereich sehr hoch (30 % und 14 %). Im Vergleich zu den Vorjahren nimmt die klare Ablehnung antisemitischer Einstellungen ab. „Die deutliche Ächtung des Antisemitismus weicht auf“, so Prof. Dr. Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein, Co-Autorin der Mitte-Studie.

Erstmalig hat die Studie umfangreicher den Rassismus gegen Schwarze Menschen erfasst, gut sieben Monate nach der Ermordung von George Floyd in den USA und den nachfolgenden Black-Lives-Matter-Protesten, die auch in Deutschland viele junge Menschen auf die Straße brachten. Die Studie zeigt, dass 11 % der Befragten rassistischen Aussagen zustimmen. In einzelnen Aussagen liegen die Zustimmungen sogar höher. So denken 18 % „Schwarze Menschen sind zu empfindlich, wenn von Rassismus in Deutschland die Rede ist“; weitere 28,5 % stimmten „teils/teils“ zu. Jene, die den Aussagen zum Rassismus „teils/teils“ zustimmen, haben in Vorurteilen gegenüber anderen Gruppen ähnlichere Zustimmungen als jene, die Rassismus ablehnen. „Eigentlich kann es keinen „Teils/teils“-Rassismus geben“, gibt Zick zu bedenken.

Die Studie berichtet auch über aufkommende gesellschaftliche Konfliktthemen um Fragen des Medienvertrauens, Konflikte um Geschlechtergerechtigkeit wie auch zum Thema Klimawandel. (Öffentlich-rechtliche) Medien wurden in Deutschland in den letzten Jahren zunehmend zu einem Gegenstand von Misstrauen und Kritik. Dies zeigen Hass, Anfeindungen und Übergriffe auf Journalist_innen und Medienschaffende. **Auch Verschwörungsmythen finden generell in der Bevölkerung großen Zuspruch.** In der Mitte-Studie 2020/21 glaubt rund jed_r fünfte Befragte: „Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.“ Fast jede_r zehnte Befragte ist der Ansicht, weitere 8,5 % „teils/teils“: „Geheime Mächte sind für die Coronapandemie verantwortlich.“ 17 % und weitere 8 % „teils/teils“ sind überzeugt: „Die Coronapandemie wird genutzt, um Zwangsimpfungen einzuführen“. Unter Ostdeutschen ist der Glaube an Verschwörungsmythen noch einmal weiter verbreitet als unter Westdeutschen. Deutlich wird auch: Wer an einen Verschwörungsmythos glaubt, glaub mit hoher Wahrscheinlichkeit auch an andere. Der Glaube an Verschwörungsmythen diverser Art geht dabei nicht selten Hand in Hand mit antisemitischen Narrativen.

Nicht nur in Zusammenhang mit der Coronapandemie, sondern auch in anderen Feldern offenbart sich bei einem Teil der Befragten eine Wissenschaftsskepsis, die auch populistisch unterfüttert ist.

So meinen etwas 8 % der Befragten und weitere 13 % „teils/teils“: „Studien, die einen Klimawandel belegen, sind meist gefälscht.“ 15 % vermuten: „Durch den Windausbau wollen sich Unternehmer und Politiker nur bereichern.“ Der Großteil der Mitte (80%) ist inzwischen aber davon überzeugt: „Es gibt einen deutlichen Klimawandel, der vom Menschen gemacht ist“, gut 11 % antworten hier mit „teils/teils“, weniger als jede_r Zehnte hält dies für eher oder überhaupt nicht zutreffend. Im Vergleich zu Studien von vor zehn Jahren hat die Überzeugung von der realen Existenz eines menschengemachten Klimawandels deutlich zugenommen. Entsprechend halten 75% der Befragten die Energiewende im Großen und Ganzen für richtig.

Insgesamt bestätigt die Auswertung der Umfragedaten einen Trend der Vorjahre. „Generell lässt sich ein Rückgang rechtsextremer und rechtspopulistischer, auch von verschwörungsmythischen Einstellungen, wie er in der Mitte-Studie durch die Bevölkerungsbefragung gemessen wird, beobachten“, fasst Beate Küpper die umfangreichen Auswertungen zusammen. Und sie fügt hinzu: „Dies steht nur scheinbar in krassem Widerspruch zu dem Anstieg von offenen und gewalttätigen rechtsextremen Ausbrüchen. Denn die Mitte ist aufgewacht.“ Zugleich zeigen sich zunehmend die demokratiegefährdenden ‚Schlupfsuren des Rechtspopulismus‘ bis weit in die Mitte hinein. Erkennbar ist dies an der erneut zunehmenden Zahl von Befragten, die selbst bei hart formulierten rechtsextremen Aussagen mit „teils/teils“ antworten. Eindeutige Positionen und klare Zustimmungen sowie Ablehnungen gegenüber demokratiegefährdenden Meinungen sinken. Neben einem Anstieg von Antisemitismus, hat auch die Wissen(schaft)sfeindlichkeit gegenüber Institutionen und Medien zugenommen.

Die Koordination der Mitte-Studien in der Friedrich-Ebert-Stiftung liegt bei Franziska Schröter. „Die Mitte-Studien dienen dazu, öffentliche Debatten weniger hitzig, sondern systematischer unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu führen. Ebenso werden wir sie in eine Reihe von Veranstaltungen zur politischen Bildung nun diskutieren.“ Und sie fügt hinzu: „Wir hoffen, dass die auch deutlicher zu vernehmende Anfeindung von solchen Studien nicht wichtige Debatten darüber verhindert, wie und wo die Demokratie und Zivilgesellschaft gestärkt werden können.“